

Protest Streik von Flüchtlingen in Hannover

Isolation, Einschränkung der Bewegung, Arbeitsverbot, Bedrohung durch Abschiebung, Schikane und Rassismus der Behörden, schlechte Gesundheitsversorgung, Ignoranz, Depression, langsamer Tod.

Diese Zustände beschreiben unser Leben als schutzbedürftige Menschen in Deutschland.

Die deutsche Regierung blockiert durch sämtliche Behörden unseren legalen Zugang zu Menschenrechten und hat dabei die volle Unterstützung des Gerichtshofes Niedersachsen, in Beisein von gefährlicher Fahrlässigkeit der Politiker_innen. Wir sehen das als Teil der deutschen rassistischen und diskriminierenden Politik gegen Fremde und als Misswirtschaft von produktivem Humankapital für das Deutschland von morgen.

Wir weigern uns, die Situation von Flüchtlingen in Niedersachsen anzunehmen; wir sehen alle Behörden, sowohl administrative als auch rechtssprechende, als verantwortlich für die Weiterführung des Leidens von Geflüchteten an.

Unsere Forderung ist so klar und einfach. Wir fordern die sofortige Abschaffung aller Asyl-Gesetze, weil sie den Rassismus dieses Landes widerspiegeln, wir fordern den sofortigen Schutz unserer Menschenrechte, wir beziehen uns auf die Erklärungen in der UN-Charta der Menschenrechte, verankert in der deutschen Verfassung (in Bezug auf Artikel (16 a) Grundgesetz).

Wir streiken und protestieren um unsere Leben zu retten, es ist weder etwas zu verhandeln noch aufzuschieben. Wir sind bereit, den Preis zu zahlen, unabhängig davon, wie viel es kostet.

Unser Recht: genau hier, genau jetzt.

Hannover, Mai 2014